

SECTION V. NEW PUBLICATIONS – REVIEW ESSAYS, REVIEWS AND PRESENTATIONS

V.1: REVIEW ESSAYS

Ottokar Luban
Berlin, Germany

Neue Literatur zur deutschen Novemberrevolution 1918–1920

- **Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie** [The Revolution of 1918/19. The True Beginning of Our Democracy], Berlin e.a., Europa Verlag, 2017. 463 pp. – ISBN 978-3-95890-074-5.
- **Joachim Käppner: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen** [1918. Uprising for Freedom. The Revolution of the Sober-Minded], München, Piper Verlag, 2017. 524 pp. – ISBN 978-3-492-05733-2.
- **Mark Jones: Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik** [In the Beginning Was Violence. The German Revolution of 1918/19 and the Birth of the Weimar Republic], Berlin, Ullstein, 2017². 432 pp. – ISBN 978-3-549-07487-9.
- **Klaus Gietinger: November 1918. Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts** [November 1918. The Failed Spring of the 20th Century], Hamburg, Edition Nautilus, 2018. 270 pp. – ISBN 978-3-96054-075-5.

Wolfgang Niess hatte 2013 eine trotz einiger Schwächen verdienstvolle Historiografiegeschichte der deutschen Revolution von 1918/19 vorgelegt.¹ Man konnte deshalb auf seine Monographie zum selben Thema gespannt sein. Zunächst einmal werden diese Erwartungen etwas getrübt, denn man sucht vergeblich nach Fußnoten mit den Quellenangaben. So lassen sich ggf. zwar Zitate aus Zeitungen und Tagebüchern mit Datumsangaben nachlesen, aber keine anderen Angaben an ihrem Herkunftsort nachprüfen.

¹ Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert, Berlin, De Gruyter, 2013. Rezension von Ottokar Luban, in: *The International Newsletter of Communist Studies*, Vol 22/23, No 29–30 (2016/2017), S. 86–94.

Im Literaturverzeichnis sind von 94 aufgeführten Publikation nur vier berücksichtigt, die nach 2010 erschienen sind, der Grenze, bis zu der Niess die Literatur in seinem Forschungsüberblick von 2013 aufgeführt hatte. Wie schon dort, werden auch in dieser Monographie wichtige relevante Studien in Zeitschriften und Sammelbänden sowie bedeutsame Quellenwerke immer noch nicht zur Kenntnis genommen.² Fast absurd wirkt angesichts der vielen nach 1990 erschienenen fundierten Publikationen früherer DDR-Historiker/innen seine Behauptung, die entsprechende Forschung sei nach der Wende „versandet“ (S. 13).

Dabei arbeitet Niess durchaus eine Reihe wesentlicher Punkte der revolutionären Monate überzeugend heraus. Hierzu nur einige wenige herausgegriffene Beispiele: So werden die von der OHL angestoßene Oktoberreform 1918 und das Hin und Her um das Waffenstillstandsersuchen als „große(r) Bluff“ herausgearbeitet, bei dem es um den Abschluss eines günstigen Waffenstillstands bei gleichzeitiger Machterhaltung der alten (hauptsächlich der militärischen) Eliten ging (S. 90–104, 125f.). Zum 9. November 1918 in Berlin hebt der Autor hervor, dass die MSPD-Führung³ bis in die Mittagsstunden ihre gesamte Propaganda auf die Verhinderung der Massenbewegung ausgerichtet hatte, um sich dann – „eine taktische Meisterleistung“ – an die Spitze der Revolutionäre zu setzen (S. 31). Allerdings bleibt die Rolle der USPD-nahen Betriebsobleute unter Emil Barth in den revolutionären Geschehnissen nur angedeutet und letztlich unklar (S. 19 f., 23, 46, 120). Niess kritisiert treffend, dass die MSPD-Führer nicht das „starke demokratische Potenzial in den Räten“ erkannt hätten, aber „mit fast naiver Vertrauensseligkeit gegenüber der überkommenen Bürokratie und Militärführung“ aufgetreten seien (S. 188). Ausführlich und äußerst treffend schildert Niess die letztendlich erfolgreichen Versuche der Militärs mit Hindenburg und Groener an der Spitze, ihren vormals dominanten politischen Einfluss bereits vor den Berliner Januarkämpfen 1919 zurückzugewinnen, was sich bei der verhinderten Umsetzung der „Hamburger Punkte“ des Reichsrätekongresses zur Demokratisierung des Heeres und der Marine am deutlichsten gezeigt habe. Bezüglich der Januarkämpfe bleibt Niess oberflächlich und erfasst den vielschichtigen, kurzfristig wechselnden Ereignisablauf nicht (S. 289–331), weil er offensichtlich die relevanten detaillierten Studien nicht kennt.⁴ Den Einsatz der präfaschistischen Truppen, denen der MSPD-Reichswehrminister Gustav Noske unbeschränkte Vollmacht zum Einsatz gegen jegliches linke Aufbegehren in Städten und Regionen erteilte, kennzeichnet Niess als das „dunkelste Kapitel in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie... für immer mit Noskes Namen verbunden“, weist aber zu Recht darauf hin, dass die übrigen politisch Verantwortlichen im Reich und in den Ländern weggeschaut und Noske und seine mörderischen Truppen ohne Einspruch „enthemmt und bestialisch“ hätten „wüten“ lassen (S. 384). Zur Vervollständigung sollte hinzugefügt werden, dass dies auch auf nahezu alle bürgerlichen und konservativen Kräfte zutraf.

Niess hebt hervor, dass nicht vergessen werden sollte, dass nach langjähriger Monarchie die Novemberrevolution 1918 Deutschland die Republik und eine ganze Reihe von

² Ebenda, S. 93 f.

³ Für die Zeit nach der Spaltung im April 1917 werden die Bezeichnungen MSPD und USPD verwendet, vorher die Abkürzung SPD.

⁴ Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, in: ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913–1919, Leipzig, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, 2008, S.67–117.

demokratischen und sozialen Errungenschaften gebracht habe (S. 17). Er räumt zugleich wesentliche Defizite ein: „Sie [die Revolution] erreichte nicht eine umfassende Demokratisierung der Gesellschaft, mächtige Feinde der Demokratie behielten ihre Machtpositionen, ein Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde nach den ersten Wochen der Revolution in eine Fundamentalopposition gedrängt.“ (S. 436).

Wegen einer Reihe von Ungenauigkeiten, des vollständigen Fehlens von Quellenangaben und der offensichtlichen mangelnden Kenntnis eines Teils der relevanten Forschungsliteratur aus den letzten zweieinhalb Jahrzehnten hat diese Monografie für Historiker/innen und politisch-historisch Interessierte leider nur einen begrenzten Wert.

Gegenüber Niess finden sich bei **Joachim Käppner** eine wesentlich umfangreichere Berücksichtigung der relevanten Literatur bis in die letzten Jahre hinein und darüber hinaus Quellenangaben in den Fußnoten, dies allerdings meist nur im Falle von Zitaten, die der Autor häufig und ausführlich verwendet. Versteht es schon Niess, die historischen Abläufe durchaus interessant zu schildern, so fesselt Käppners packende Erzählweise gleich beim Eingangskapitel über den Ausbruch und Verlauf der Matrosenrevolution.

In seiner Darstellung schlägt Käppner einen großen Bogen von der Politik der Sozialdemokratie in der wilhelminischen Gesellschaft vor dem Weltkrieg bis zur bestialischen Niederschlagung der Bayrischen Räterepublik durch die unter dem Oberbefehl des MSPD-Ministers Gustav Noske stehenden Freikorpsstruppen. Zunächst stehen für den Autor die vielfältigen intensiven Bemühungen der „Friedenspartei“ (S. 74) vor 1914 gegen Militarismus und Kriegstreibereien im Vordergrund, gleichzeitig geht er ausführlich auf die Arroganz der Herrschenden gegenüber der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie, den „vaterlandslosen Gesellen“, ein, gegen die schon vor dem Ersten Weltkrieg scharfe Unterdrückungsmaßnahmen geplant waren.

Für die Kriegszeit werden der allmähliche Wachstumsprozess der Opposition gegen die regierungsloyale Haltung der SPD, die Abspaltung der USPD im April 1917 und das Aufkommen von Massenbewegungen gegen die Kriegspolitik der kaiserlichen Regierung anschaulich geschildert. Käppner würdigt zwar den Mut des offen gegen die Regierung auftretenden Karl Liebknecht (S. 93–96), kritisiert aber pauschal die Spartakusgruppe wegen ihrer radikalen Forderungen (z. B. S. 136). Dabei geht er nicht auf die verdienstvolle Rolle dieses Kreises in der Herstellung und Verbreitung zahlreicher illegaler Flugschriften gegen den Krieg ein, was andere Oppositionelle in diesem Maße nicht leisteten. Ebenfalls werden die Politik der MSPD, ihre Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ab Mitte 1917 und ihre weitgehend loyale Haltung gegenüber der kaiserlichen Regierung kritisch dargestellt. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt dann die Beteiligung der MSPD im Oktober 1918 an der bürgerlich-konservativen Regierung des Prinzen Max von Baden bis zum Sieg der Revolution am 9. November in Berlin dar.

Ein so bedeutsames Ereignis wie das Zustandekommen der Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten wird zwar wortreich, allerdings sehr ungenau und unvollständig geschildert, so als ob der Vorstandsbeschluss für die Bewilligung bereits die Entscheidung bedeutet hätte (S. 82–88). Dass selbst die Abgeordneten des rechten Flügels noch am Vorabend der Fraktionssitzung eine mehrheitliche Ablehnung für möglich hielten, scheint dem Autor nicht bekannt zu sein. Ähnliche Lücken, teilweise sogar Falschangaben

ergeben sich beim Thema der Parteispaltung 1916/17, der revolutionären Massenerhebung in Berlin am 9. November 1918 sowie den Berliner Januarkämpfen 1919. So zerschneidet nicht Hugo Haase im April 1917 – anlässlich der Gründung der USPD – „das Tisch Tuch für immer“ (S. 111) zu Friedrich Ebert und der SPD, vielmehr wurden Haase und die übrigen Gegner der Kriegskreditbewilligung, die sich im Januar auf einer Konferenz der Opposition getroffen hatten, aus der Partei ausgeschlossen. Eine „Rosi Duncker“ (S. 113) gab es auf dem Gründungsparteitag der USPD nicht, auch sonst kein Teilnehmer oder keine Teilnehmerin mit Namen „Duncker“.

Käppner hebt zwar richtigerweise hervor, dass die MSPD-Führung vor dem 9. November 1918 ihr gesamtes agitatorisches und organisatorisches Potenzial einsetzte, um vor allem die Berliner Arbeiterschaft von einer revolutionären Erhebung abzuhalten (S. 172 f.). Doch die Existenz eines gemeinsamen Revolutionskomitees aus Revolutionären Obleuten, USPD-Vorstand und Spartakusführern sowie die gut bekannten Abläufe der konkreten Aufstandsplanung und die durch die Verhaftung des Chefplaners Ernst Däumig improvisierte Vorverlegung vom 11. auf den 9. November werden vom Autor unzutreffend oder gar nicht dargestellt (S. 177f.). Im Gegensatz zu Käppners Behauptung (S. 148) waren sich die Spartakusführer sehr wohl ihrer organisatorischen Schwäche bewusst, wie aus einem Schreiben Paul Levis vom 5. November 1918 hervorgeht.⁵

Bezüglich des Ablaufs des 9. November 1918 in Berlin übernimmt Käppner weitgehend die falsche Darstellung des MSPD-Vertreters Otto Wels, die Erhebung hätte auf Initiative der MSPD stattgefunden (S. 185ff.), und die Revolutionären Obleute, die den 11. November für den revolutionären Aufstand vorgesehen hätten, seien von den Ereignissen überrumpelt worden (S. 197). Dass die MSPD-Führung noch bis zum Vormittag des 9. November eine intensive Propaganda gegen den revolutionären Massenstreik betrieb, dagegen die Mitglieder des Revolutionskomitees nach der Verhaftung ihres Anführers Ernst Däumig sofort alle organisatorischen und agitatorischen Vorbereitungen für ein Losschlagen am 9. November trafen, wird vom Autor ignoriert. Erst als dieses Vorgehen Erfolg hatte und die Arbeiterzüge von ihren Fabriken in die Innenstadt marschierten, schloss sich die MSPD im Laufe des späten Vormittags der Bewegung an und setzt sich sogar an die Spitze.⁶ Wie Käppner zu Recht aufgrund des durchweg gewaltfreien Verhaltens der Aufständischen in allen Städten und Regionen hervorhebt, handelte es sich um „eine Revolution der Besonnenen“ (S. 167f.).

Zu den Berliner Januarkämpfen 1919 charakterisiert Käppner treffend die Verworrenheit und das Schwanken der revolutionären Linken (Revolutionäre Obleute, Berliner USPD, Liebknecht und Pieck von der KPD), die sich aufgrund des unerwarteten Erfolgs ihres Demonstrationsaufrufs mit der riesigen Massenbeteiligung am 5. Januar 1919 zum Aufstand entschließen, aber sich kurz darauf schon auf Verhandlungen mit der Ebert-Regierung einlassen, um nach dem Scheitern nochmals für den 9. Januar zum bewaffneten Generalstreik und erst nach der militärischen Niederlage zur Wiederaufnahme der Arbeit für den 13. Januar aufzurufen. Gleichzeitig kritisiert Käppner die Verbissenheit der MSPD-

⁵ Paul Levi: Ohne ein Tropfen Lakaienblut. Schriften Reden, Briefe, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Bd. I/1, Berlin, Karl Dietz, 2018, S. 511–514, hier: S. 512.

⁶ Ottokar Luban: Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, S. 168f.

Regierung, die weder auf die Befriedungsversuche der USPD-Führer noch auf die aus den Berliner Betrieben kommenden zahlreichen Rufe zur Vermeidung des Blutvergießens eingeht, sondern den Konflikt ausschließlich durch Gewalt lösen will. Er kritisiert auch die schwankende Haltung der KPD-Führung, die mehrfach zwischen realistischer Zurückhaltung und extremer Radikalität hin und her schwankte und ebenfalls die aus den Fabriken kommende breite Einigungsbewegung ablehnte, ja sogar als Schwächung der Linken abkanzelte (S. 387–398).

Nicht nachvollziehbar ist ein grober Fehler Käppners bezüglich der USPD, deren „größerer Flügel unter Paul Levi“ sei 1920 angeblich „zu den Kommunisten“ übergegangen (S. 384). Denn bekanntlich war Levi 1920 nicht Vorsitzender der USPD, sondern der KPD. Bezüglich der Berliner Januarkämpfe vermischt der Autor die Diskussionen im Gremium der Revolutionären Obleute am 4. und 5. Januar (S. 387f.), dabei rechnet er fälschlicherweise den führenden USPD-Repräsentanten und Rätepropagandisten Ernst Däumig bereits der KPD zu (S. 387). Tatsächlich ist Däumig erst im Zuge der Vereinigung mit der KPD im Dezember 1920 zur KPD gestoßen und wurde dann Co-Vorsitzender zusammen mit Paul Levi. Käppner bringt ebenfalls den zeitlichen Ablauf weiterer Ereignisse durcheinander (S. 398). So sind die radikalen Flugblätter der Aufstandsleitung mit einem erneuten Aufruf zum bewaffneten Generalstreik erst am späten 8. Januar verfasst und am 9. Januar – allerdings nur in geringer Zahl – verbreitet worden, nachdem die MSPD-Regierung am 8. weitere Verhandlungen abgelehnt und unter dem Motto „Die Stunde der Abrechnung naht!“ die gewaltsame Bekämpfung der Aufständischen angekündigt hatte. Gleichzeitig warb in Berlin „[e]ine Arbeitsstelle Berliner Studenten“ in einem Flugblatt „[i]m Einverständnis mit dem Oberkommandierenden Noske“ für den Eintritt in die Freikorpsstruppen. Diese beiden Aufrufe trugen dann stark zu einem Wiederaufleben der radikalen Stimmung selbst unter moderaten USPD-Führern wie Hugo Haase bei, allerdings nicht mehr in der Berliner Arbeiterschaft.⁷

Neben der Kritik an den Mehrheitssozialdemokraten wegen fehlender Reformen wie der Sozialisierung und der Erneuerung des Beamtenapparates, der Justiz und des Bildungswesens liegt ein von Käppner ausführlich behandelter durchgängiger Schwerpunkt in der Darstellung des Prozesses der langsamen Selbstausslieferung der MSPD-Führer an die alten Militärmachthaber, der bereits unmittelbar nach dem 9.11.1918 beginnt (S. 222f.) und einen ersten Höhepunkt – unter dem Druck der Obersten Heeresleitung darin erreichte, dass man die auf dem Reichsrätekongress angenommenen „Hamburger Punkte“ zur umfassenden Demokratisierung des gesamten Militärwesens ins Leere laufen ließ (S. 315–320). „Triumph der Generäle: Die MSPD knickt ein“, so betitelt der Autor das entsprechende Kapitel. Besonders erhellend sind dabei die ausführlichen Zitate aus Quellen mit Aussagen der führenden Militärs. Die weitere Folge ist dann die „Noske-Politik“, das unmenschliche Vorgehen der von Noske befehligten Freikorpsstruppen – „zum größeren Teil ... Todfeinde der Demokratie“ (S. 460) – gegen Streikende und Aufständische, sei es in Berlin am Ende der Januarkämpfe und bei der Niederschlagung des Generalstreiks in Berlin im März 1919 oder im Ruhrgebiet, in Bremen, Magdeburg, München und weiteren Städten und Regionen. Käppner bleibt bei seiner Schilderung sehr sachlich und verzichtet auf polemische Schärfen. Gerade deshalb wirkt sein Resümee besonders überzeugend: „...es gehört zu den Tragödien des 20. Jahrhunderts, dass der deutsche Aufstand für Frieden und Freiheit

⁷ Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919. Legende und Wirklichkeit, in: ders.: Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, S. 91f.

ausgerechnet an der SPD scheitert, die doch während der Kaiserzeit unter großen Opfern für eben diese Werte eingetreten war... Der Vorsitzende des Rats [der Volksbeauftragten] Friedrich Ebert (MSPD) aber paktiert nun mit den Befehlshabern des alten Militärs, der Obersten Heeresleitung, Das mag anfangs zur Erfüllung der drakonischen alliierten Waffenstillstandsbedingungen noch kaum zu vermeiden sein... Doch gerät diese Zusammenarbeit mehr und mehr zu einem regelrechten Bündnis...“ (S. 453f.) „Der Gedanke jedoch, dass sich die tragenden Kräfte des alten Staates, welche sich seit 1871 jeder Demokratisierung in den Weg gestellt haben – wie die Generäle, die Verwaltung, die Justiz und Polizei, die Ruhrbarone und ostelbischen Gutsbesitzer – nun endlich fügen werden, ist von atemberaubender Weltfremdheit.“ (S. 459)

Die spannende Erzählweise sowie die gelungene Herausarbeitung der charakteristischen Handlungsabläufe und der großen Linien, gehören zu den positiven Seiten dieser Gesamtdarstellung. Komplexe Situationen wie die Details zu den Vorgängen um die Zustimmung der SPD-Fraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914, zur illegalen Antikriegsarbeit der Spartakusgruppe, zur Entstehung des revolutionären Massenaufstandes am 9. November 1918 in Berlin und zum Ablauf der Berliner Januarkämpfe 1919 werden jedoch ungenau oder in einigen Fällen falsch dargestellt, obwohl dazu – teilweise im Literaturverzeichnis angegebene – Untersuchungen vorliegen. Hier hätte diese Monographie eines sachkundigen Lektorats bedurft. Dann hätten diese wie auch einige weiter oben erwähnte grobe Detailfehler vermieden werden können, die den positiven Gesamteindruck beeinträchtigen.

Das Buch des irischen Historikers **Mark Jones** hat große Beachtung gefunden. Es lenkt nicht nur erneut die Aufmerksamkeit auf das unter der politischen Verantwortung der MSPD-Führung erfolgte schnelle Wiedererstarben der alten Militäreliten, sondern auch erstmals schwerpunktmäßig auf das dadurch erst ermöglichte grausame Vorgehen der Freikorpsgruppen gegen alle oppositionellen und aufständischen linkssozialistischen Regungen. Der Einfluss von Jones auf die Werke von Niess und Käppner ist deutlich zu erkennen.

Jones schildert zunächst die revolutionären Vorgänge von Kiel, München und Berlin in den ersten Novembertagen als eine „weitgehend gewaltlose Revolution“ (S. 73) Zwar gab es auf Befehl von kaisertreuen Offizieren vereinzelt gezielte Angriffe auf die Revolutionäre, so je einmal in Kiel und Berlin, sowie Schießereien, die aufgrund von Gerüchten über drohende Attacken der alten Offiziere entstanden. Doch kam es weder gegenüber der militärischen Elite noch gegenüber der Polizei, die die Arbeiterschaft bei Demonstrationen in der Kriegszeit oft brutal auseinander getrieben hatte, zu irgendwelchen gewalttätigen Racheakten (S. 46–73).

Dennoch war die Angst vor revolutionärer Gewalt, vor sogenannten „russischen Zuständen“, bei den alten bürgerlichen und militärischen Eliten sehr groß und fokussierte sich auf die Spartakusgruppe (ab 11. November Spartakusbund), insbesondere auf ihren prominentesten Führer Karl Liebknecht, teilweise bereits vor dem 9. November. Hierzu führt Jones eine Reihe von pointierten Äußerungen prominenter Zeitgenossen an, von Thomas Mann in München, Victor Klemperer in Dresden, Theodor Wolff, Ernst Troeltsch u. a. in Berlin, vor allem auch eine Vielzahl von Pressestimmen (S. 73–94) mit antirevolutionärer Propaganda,

insbesondere gegen die sogenannten Spartakisten, die bereits unmittelbar nach dem 9. November einsetzte.

Ausführlich behandelt Jones den blutigen Einsatz von Soldaten der Berliner Stadtkommandantur unter dem Oberbefehl des führenden MSPD-Vertreters Otto Wels gegen Demonstrationen von Erwerbslosen am 6. Dezember 1918 an einer belebten Straßenkreuzung nahe dem Zentrum (S. 95–116). „Zum ersten Mal im Verlaufe der deutschen Revolution von 1918/19 wurden Maschinengewehrsalven in eine protestierende Menschenmenge gefeuert.“ (S. 95) Nicht nur Demonstranten, sondern zahlreiche Unbeteiligte, Straßenbahnpassagiere, Wartende an einer Haltestelle und flanierende Passanten fielen dem MG-Feuer zum Opfer. Mindestens 16 Personen wurden erschossen, 80 mehr oder minder schwer verwundet. „Es war eine Explosion der Gewalt, die die schlimmsten Befürchtungen vieler Leute bestätigte, dass Revolution gleichbedeutend mit Gewalt war.“ (S. 95) Da am selben Tag konterrevolutionäre Soldatengruppen in das Reichskanzleigebäude eingedrungen waren und Ebert zum Reichspräsidenten ausrufen wollten, außerdem ein anderer gegenrevolutionärer Soldatentrupp den Vollzugsrat in seiner Tagungsstätte verhaftet hatte, während weiterhin die Redaktion der „Roten Fahne“ von einem weiteren Trupp besetzt worden war, sah es so aus, als ob seitens der Mehrheitssozialdemokraten ein abgestimmter Putsch versucht worden wäre – jedenfalls wurde diese Interpretation immer wieder von Liebknecht und dem Spartakusbund vorgebracht. Die häufigen Protestaktionen des Spartakusbundes mit scharfen Angriffen auf die MSPD-Führer in ihrer Tageszeitung „Die Rote Fahne“ oder mit radikalen Ansprachen auf Demonstrationen, die als Reaktion auf den 6. Dezember auch durch Panzerwagen mit MGs geschützt wurden, lieferten der antirevolutionären Presse bis zum „Vorwärts“ Vorwände, um die Verantwortung für den blutigen 6. Dezember dem Spartakusbund zuzuschieben, die angebliche bolschewistische Gefahr heraufzubeschwören und Liebknecht als „Dämon der Revolution“, so die „Deutsche Zeitung“ am 21. Dezember (S. 115), an den Pranger zu stellen. Auf Plakaten an den Litfaßsäulen wurde sogar zum Mord an Liebknecht aufgerufen.

Jones setzt in seiner Darstellung und der Auswahl der verwendeten Quellen zugespitzt auf die Konfrontation zwischen links und rechts, mit einem kritischem Unterton nicht nur gegenüber den konservativ-bürgerlichen Kräften, sondern auch gegenüber dem Auftreten des Spartakusbundes. Eine Berücksichtigung nichtspartakistischer linker Pressestimmen wie die der „Welt am Montag“, der „Freiheit“ und der „Republik“ wäre insbesondere in diesem Kapitel wünschenswert gewesen. Ebenfalls fehlt eine Diskussion über die Frage, warum Stadtkommandant Wels überhaupt die Demonstrationen auf ihrem Weg aufhalten wollte und warum ein MG für den Einsatz mitten in der vom unbeteiligten Publikum stark frequentierten Innenstadt mitgeführt wurde.

Das Kapitel „Blutige Weihnacht“ beginnt mit einer sehr oberflächlichen und lückenhaften Ausgangsschilderung des Konfliktes um die im Berliner Schloss und dem benachbarten Marstall untergebrachte Volksmarinedivision, so dass der weitere Handlungsvorgang, vor allem die Motivation der Matrosen, nicht verständlich wird (S. 117–119). Vielmehr schildert Jones nur die aggressiven Reaktionen der Matrosen (Schusswechsel mit einem gepanzerten Fahrzeug, Geiselnahme des Stadtkommandanten Otto Wels, kurzzeitige Besetzung der Reichskanzlei), ohne zu erwähnen, dass den Marinesoldaten durch Wels die anstehende Löhnung trotz der Bereitschaft zu der von ihm verlangten Räumung ihres Quartiers und zur Schlüsselabgabe verweigert wurde (siehe Käppner, S. 339–346). Man gewinnt den Eindruck,

dass sich der Autor mit den relevanten Publikationen nicht ausreichend beschäftigt hat oder dass hier für die Druckfassung Kürzungen vorgenommen wurden. Auch kennt Jones die 2008 veröffentlichten aufschlussreichen Tagebuchaufzeichnungen des sehr gemäßigten Kommandanten der Volksmarinedivision Fritz Radtke nicht, die von Käppner mehrfach herangezogen werden.⁸

Jones hebt hervor, dass sich nunmehr, nach den ersten Auseinandersetzungen um die Räumung des Schlosses und bei Fortbestehen der Geiselnahme von Wels, Ebert am späten Abend des 23. Dezember erstmals entschloss, Formationen mit heimgekehrten Frontsoldaten zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen und im Einvernehmen mit den beiden MSPD-Politikern Scheidemann und Landsberg, aber ohne die USPD-Regierungsvertreter zu informieren, telefonisch eine entsprechende Absprache mit dem OHL zu treffen (S. 119). Der Angriff der Regierungssoldaten mit leichter und sogar schwerer Artillerie sowie mit Stoßtrupps auf die im Schloss befindlichen Matrosen forderte viele Todesopfer und hinterließ schwere Zerstörungen am Gebäude. Doch scheiterte die Aktion zum einen an der starken Gegenwehr der Matrosen und zum anderen an der Beteiligung von Zivilisten mit Frauen und Kindern in den Kampfpausen. Die Angreifer mussten ergebnislos abziehen (S. 119–124; vgl. Käppner, S. 339–350). Jones zufolge zogen die Militärs aus dieser Niederlage für die kommenden Auseinandersetzungen in den Jahren 1919/20 die Schlussfolgerung, dass Kampfpausen, Verhandlungsbereitschaft und Rücksicht auf Frauen und Kinder strikt zu vermeiden seien (S. 125).

Ein besonderes Verdienst Jones' liegt darin, dass er ausführlich auf die im Zusammenhang mit der Volksmarinedivision und den Weihnachtskämpfen entstandenen allerschärfsten Polemiken der konservativen wie der liberalen bürgerlichen Presse, incl. des sozialdemokratischen „Vorwärts“, gegen alle linken Kräfte eingeht (S. 125–135). Vor allem wurde die Niederlage der Regierungstruppen als Zeichen der Schwäche der Regierung gesehen und die nahe Gefahr einer Herrschaft der Spartakisten mit Liebknecht an der Spitze heraufbeschworen. Es kursierte sogar das Gerücht, die Ebert-Regierung sei nicht mehr im Amt und Liebknecht hätte die Herrschaft übernommen. Diese Vorstellungen spiegelten sich auch in privaten Äußerungen verschiedener bereits erwähnter Prominenter wider. Jones erliegt dabei jedoch der Suggestion dieser Argumentation, wenn er ohne einschränkende Formulierung von der „Bedrohung“ spricht, „die von den Spartakisten ausging“ (S. 132). Dies passt nicht zu seiner anschließenden Schilderung der am 29. Dezember stattfindenden Demonstrationen, die in den bisherigen relevanten Darstellungen nur selten Erwähnung finden (S. 136–145). Hier stellt Jones zu Recht fest, dass der Spartakusbund „nur einen Bruchteil“ (S. 133) der Demonstranten stellen konnte. Während die MSPD mehrere Hunderttausende Anhänger mobilisieren konnte, waren es bei den Spartakusleuten nur einige Zehntausend. Als Fazit der Dezemberwochen 1918 stellt der Autor eine „Normalisierung der Gewalt“ fest (S. 148), womit offensichtlich militärische Gewalt zu Lösung politischer Konflikte gemeint ist.

Hier wären zumindest Hinweise seitens des Autors darauf wünschenswert gewesen, dass die linke Presse sich in einer ausgesprochenen Minderheitsposition befand und dass das

⁸ Gerhard Engel: Aufzeichnungen des Kommandanten der Volksmarinedivision Fritz Radtke, November/Dezember 1918, in: *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 6 (2008), 3, S. 74 ff.

fern jeder politischen Realität seit Anfang November heraufbeschworene Schreckgespenst einer angeblich gewalttätigen, terroristischen Linken in fast allen Zeitungen gezielt eingesetzt wurde (erst im Schlusskapitel schreibt Jones, dass „vor allem politisch geschürte Ängste vor zukünftig drohenden revolutionären Gewaltexzessen“ [S. 327] ein wesentlicher Bestandteil der Rechtfertigung für den konterrevolutionären Terror gewesen seien). Die intendierte Wirkung dieser kontinuierlichen massiven antirevolutionären Agitation war nicht erst an den Demonstrationsteilnahmen vom 29. Dezember, sondern bereits früher zu erkennen. Obwohl der MG-Beschuss im Stadtinnern vom 6. Dezember viele zivile Opfer gekostet und heftige Presseangriffe von Spartakus und USPD auf die MSPD-Führung ausgelöst hatte, konnte die MSPD in Berlin am 14. Dezember bei den Wahlen der Delegierten zum Reichsrätekongress in den Fabriken eine Mehrheit von 7 zu 5 gegenüber der USPD erringen,⁹ was von Jones nicht erwähnt wird. Auch der Rücktritt der USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung am 29. Dezember aus Protest gegen das Vorgehen der MSPD-Kollegen am 23./24. Dezember wird von Jones nur kurz genannt, und zwar fälschlich einmal als Folge eines Ausschlusses und ein anderes Mal – genauso falsch – als Folge des durch den Zentralrat ausgeübten Drucks (S. 138).

Zum improvisierten Januaraufstand in Berlin, der aus einer Massendemonstration am 5.1.1919 als Protest gegen die Absetzung des USPD-Polizeipräsidenten Eichhorn entstanden war, stellt Jones die Eskalation der Gewalt heraus. Dazu hätten die Fixierung auf eine gewaltsame Lösung durch die MSPD-Regierung mit der damit verbundenen Ablehnung von Verhandlungslösungen (z.B. S. 208f.), aber auch die schrille aggressive Propaganda der „Roten Fahne“ erheblich beigetragen (S. 165, 172f, 186f.). In seiner zuspitzenden Darstellungsweise vergisst der Autor eine bedeutsame dritte Bewegung zu erwähnen: Die in den Berliner Betrieben ab 8. Januar sich ausbreitende Einigungsbewegung unter den Forderungen nach Einstellung der Kämpfe, Vereinigung der Arbeiterparteien bei gleichzeitiger Absetzung aller Führer und der Realisierung sozialistischer Maßnahmen. Eine Resolution mit ähnlichen Forderungen wurde auf der Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins am 10. Januar fast einstimmig, also auch mit Billigung vieler MSPD-Vertreter, verabschiedet. Doch sowohl die MSPD-Führung wie auch die KPD lehnten eine solche Einigung strikt ab.¹⁰

Ausführlich beschreibt Jones den konterrevolutionären Terror der Regierungstruppen. Bereits am 8. Januar soll es Schießereien ohne Rücksicht auf Zivilpersonen gegeben haben (S. 182f.). Am 11. Januar wurden nach schwerem Artilleriebeschuss sieben Parlamentäre der revolutionären Besetzer des „Vorwärts“-Gebäudes von den siegreichen Soldaten „brutal abgeschlachtet“ (S. 193) und weitere Gefangene aufs schwerste misshandelt (S. 190–200). In der folgenden politischen Auseinandersetzung über die Ermordung und Misshandlung wehrloser Gefangener rechtfertigte nicht nur die nichtsozialistische Presse, sondern auch die MSPD-Führung das Vorgehen der Regierungssoldaten (S. 205–210). „Anstatt zu konstatieren, dass diese Bluttat einen Verstoß gegen die anerkannten Normen für das Verhalten von Soldaten auf dem Schlachtfeld und auch nach der Schlacht markierte, reagierten die Regierung und ihre Gefolgsleute mit einer Flut selbstgerechter Stellungnahmen, in denen sie ihre Gegner für die gesamte Eskalation der Gewalt verantwortlich machten... Die Militärs und die Sozialdemokraten fanden sich in einem neuen

⁹ *Vorwärts*, 35. Jg., Nr. 344, 15. Dezember 1918, S. 1.

¹⁰ Luban: *Die ratlose Rosa*, S. 96–99.

Raum der Gemeinsamkeit zusammen, in dem von da an alles, was regierungstreue Soldaten taten, um jeden Preis gerechtfertigt und verteidigt wurde, ganz gleich, welche Gräueltaten sie sich dabei zuschulden kommen ließen. Der Ebert-Groener-Pakt war jetzt mit Blut besiegelt.“ (S. 211).

Damit besaßen die Regierungstruppen de facto schon seit der „Vorwärts“-Belagerung einen Freibrief für weitere Morde, Metzeleien und Grausamkeiten an politischen Gefangenen genauso wie an unbeteiligten Zivilisten. Diese Blankschuss-Vollmacht wurde von den Militärs bald genutzt. Zuerst für die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar, danach im März 1919 in Berlin für die Ermordung von schätzungsweise 1200 Menschen „in einer Welle von Gewaltakten“ (S. 238) im Rahmen und im Anschluss an die militärischen Bekämpfung von Streikenden und Aufständischen, wieder unter Einsatz von schwerer Artillerie und sogar Flugzeugen mit MGs im Stadtgebiet, diesmal nicht nur mit willkürlicher Erschießung von Zivilisten, sondern auch mit einem Meuchelmord an regierungstreuen Angehörigen der Volksmarinedivision (S. 237–275). Die durch Misshandlungen oder durch Artilleriebeschuss häufig entstellten zivilen Todesopfer erfuhren kein Mitgefühl durch die MSPD-Presse, wie ein von Jones wiedergegebenes erschreckendes Zitat aus dem „Vorwärts“ zeigt: „Noch im Tode stehen ihnen Wut, Hass und Verzweiflung im Gesicht geschrieben.“ (S. 253)

Der De-Facto-Freibrief zum Morden wurde noch erweitert und legitimiert durch den Schießbefehl Noskes, der nochmals durch Ausführungsbestimmungen des Hauptmannes Waldemar Pabst, des Organisators der Morde an Liebknecht und Luxemburg, verschärft wurde (S. 254–275). Jetzt konnte jeder Soldat, der sich bedroht fühlte, von seiner Schusswaffe Gebrauch machen. Begründet wurde der Schießbefehl mit der angeblichen Ermordung der Polizisten eines ganzen Polizeireviere im Berliner Osten, eine von Pabsts Truppe lancierte Lügengeschichte, die tagelang von fast allen Berliner Zeitungen, oft noch mit zusätzlichen Übertreibungen, verbreitet wurde. Nach diesen vielen unschuldigen Todesopfern während der Märzkämpfe in Berlin wirkt die Schilderung der menschenverachtenden Rechtfertigungsargumente Noskes in der Nationalversammlung für seine Mordpolitik – unter breiter Zustimmung von der äußersten Rechten bis zu den Sozialdemokraten und scharfen Protesten von Seiten der USPD – verstörend und schockierend zugleich (S. 278–281).

Der Schießbefehl wurde auch im Kampf gegen die Münchener Räterepublik vom 29. April bis 6. Mai 1919 angewendet (S. 293–320). Die Bereitschaft zu Gräueltaten seitens der Regierungstruppen wurde noch gesteigert, als die Ermordung von zehn Geiseln (neun Männer, eine Frau – Adlige sowie wohlhabende Bürger, Angehörige des antisemitischen und antirepublikanischen Thule-Bundes) durch Angehörige der Roten Garde am 30. April bekannt wurde. Die Regierungssoldaten hatten allerdings schon vorher aufstachelnde Instruktionen erhalten. Nach Jones hatten die Rotgardisten von willkürlichen Erschießungen durch auf München vorrückende Truppen erfahren, zunächst zwei gefangene Regierungssoldaten misshandelt und – angeblich auf Befehl des revolutionären Stadtkommandanten Rudolf Egelhofer – erschossen, wie später die zehn Geiseln, ein „Teufelskreis der Gewalt“ (S. 300–303, Zitat: 300). Jones nennt außer den Geiseln und zwei von Rotgardisten misshandelten und erschossenen Regierungssoldaten als Todesopfer 58 Regierungssoldaten und schätzungsweise 600 bis 1000 weitere Personen, darunter 93 im Kampf gefallene sowie mindestens 42 exekutierte Räteanhänger. Die meisten Toten waren

Zivilisten, die bei Angriffen mit Artillerie, MGs und anderen Waffen zu Zufallsopfern wurden. Auf Grund von Denunziationen erfolgten willkürliche Erschießungen Unschuldiger durch Regierungssoldaten, oft nach schweren Misshandlungen, so von 53 russischen Kriegsgefangenen, zwölf Arbeitern (davon einige MSPD-Mitglieder), sowie 21 Mitgliedern eines katholischen Gesellenvereins. Schon vor München hatten heranrückende Truppen in Starnberg neun unbeteiligte Männer erschossen. Die Ermordung der katholischen Gesellen konnte nicht unter den Teppich gekehrt werden, da die katholische Kirche sich einschaltete, und es in der Folge zu einem Prozess und der Verurteilung einiger Beteiligter kam.

Jones hebt dabei hervor, dass die eigentliche Revolution im November 1918 in München ohne jegliche Todesopfer abgelaufen war, ganz im Gegensatz zur Aktion der Regierungstruppen im April/Mai 1919 (S. 328f.), und betont, dass nicht die Gräueltaten der Regierungssoldaten, sondern die Ermordung der zehn Geiseln für die Münchener Räterepublik und ihr Ende prägend für das öffentliche Bewusstsein gewesen seien (S. 298).

Der Autor rückt mit seinem Buch erstmals die gesamte Aufmerksamkeit auf die Folgen der Zusammenarbeit der führenden Sozialdemokraten mit den alten Militäreliten seit dem 10. November 1918: Die im Staatsauftrag ausgeübte zügellose, häufig willkürliche, militärische Gewalt gegen die eigenen zivilen Bürgerinnen und Bürger, die „im Verhältnis sehr viel mehr Menschenleben kostete als die Gewalttaten der Regierungsgegner von der äußersten Linken“ (S. 326). Gleichzeitig gelingt es Jones eindrucksvoll, mithilfe vieler Zitate aus der nichtsozialistischen Presse sowie führender Persönlichkeiten aus Politik, Militär und Kultur das Schüren der Pogromstimmung aufzuzeigen. Mithilfe der massiven Beschwörung der angeblich von den Linksozialisten, den Spartakisten und Bolschewisten ausgehenden Gefahr von Terror und Gewalttaten, dem Ausmalen von Untergangsszenarien sowie erfundenen Schreckensgeschichten wurde eine Pogromstimmung gegen alle vermeintlichen und tatsächlichen Linksoptionen entfacht. Jones sieht hierin eine Parallele zur Situation von 1933: „1919 wie 1933 lieferte die Vorstellung, in Deutschland stehe ein kommunistischer Umsturz bevor, die Legitimation für den Einsatz von Gewaltmitteln, und beide Male war es ein ähnliches Klima der Paranoia und des Freund-Feind-Denkens.“ (S. 340). Ein weiteres Moment der Kontinuität war die Beteiligung einer ganzen Reihe von Militärs aus den Jahren 1918/19 an SA und SS nach 1933 „als tragendes soziales Element der nationalsozialistischen Schlägertrupps“ (S. 240f.).

Von Jones nicht thematisiert wird eine weitere bedeutsame Auswirkung der gegen Linksozialisten gerichteten Gewaltexzesse der Jahre 1918, 1919 und (vom Autor unerwähnt) 1920: Es entstand eine tiefe Kluft zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, die erheblich zur Verfestigung der Spaltung und zur langjährigen, intensiven und wechselseitigen Bekämpfung beitrug, vor allem auch zu einer immensen Schwächung gerade in den Jahren vor und während der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Es musste wohl erst ein irischer Historiker kommen, um zu verdeutlichen, wie in der Anfangsphase der Weimarer Republik aus Furcht vor dem Verlust der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Vormachtstellung nicht nur eine intensive Pogromstimmung gegen alle tatsächlichen und vermeintlichen Linken geschürt wurde, sondern auch, dass sehenden Auges Verbrechen gegen die Menschlichkeit im eigenen Land von den deutschen Eliten

nicht nur geduldet, sondern sogar befürwortet wurden. Ein Vorspiel ihrer Haltung in den Jahren vor und während der Naziherrschaft, wie der Autor herausstellt.

Klaus Gietinger hat bereits mit seiner fundierten Biografie des konterrevolutionären Offiziers Waldemar Pabst und seiner Monografie über den Ersten Weltkrieg gründlich recherchierte Untersuchungen aus thematisch benachbarten Gebieten vorgelegt. Dies kommt seiner Geschichte der deutschen Novemberrevolution zugute, die reich an archivalischen Quellen ist und die Forschungsliteratur bis in die jüngste Zeit berücksichtigt. Die Darstellung umfasst die Vorkriegsjahre – hier wird hauptsächlich der Kampf der SPD gegen Militarismus und Kriegsgefahr behandelt –, die Kriegs- sowie die Revolutionszeit bis zum Kapp-Putsch 1920. Gietinger geht nicht nur auf die Ereignisse in Kiel, Berlin und München, sondern – meist nur knapp – auch auf die im ersten Halbjahr 1919 mit der Forderung nach grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen verbundenen Massenbewegungen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, Braunschweig, Königsberg, Leipzig, Dresden, Weimar, Gotha, Jena und Bremen ein. Relativ kurz, aber prägnant schildert der Autor die Vorgeschichte der Novemberrevolution einschließlich der Massenstreiks gegen den Krieg mit den linken Betriebsobleuten aus der Metallgewerkschaft – hauptsächlich in Berlin – als Hauptträger, die nach dem 9. November 1918 als „Revolutionäre Obleute“ bekannt wurden.

Gietingers Darstellung ist kritisch bis polemisch gegen die Politik der Mehrheitssozialdemokraten gerichtet, vor allem gegen deren Zusammenarbeit mit den traditionellen Militäreliten. Entsprechend setzt die Schwerpunktbildung an mehreren Stellen aufschlussreiche neue Akzente für die Geschichtsschreibung der Novemberrevolution. So weist der Autor auf weitgehend unbeachtet gebliebene Forschungsergebnisse des Militärhistorikers Ernst-Heinrich Schmidt über die Zusammenarbeit der MSPD mit Kriegsminister Heinrich Schëuch seit den allerersten Revolutionstagen hin (S. 63, 65). Hierzu gehörten u.a. Versuche zur Anwerbung einer Sicherheitsmannschaft für die Reichskanzlei und andere Regierungsgebäude ab dem 9. November, die Beeinflussung der Soldatenrätebewegung durch einen im Kriegsministerium nach Nominierung durch die Departmentsleiter gebildeten Soldatenrat mit zahlreichen Offizieren – eher ein ‚Offiziersrat‘. Dazu gehörte vor allem die Bereitstellung von Transport- und Kommunikationsmitteln am 10. November, um die Soldaten in den Kasernen durch MSPD-Funktionäre zu beeinflussen und bis zur Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte um 17.00 Uhr Mehrheiten zu sichern. Diese Zusammenarbeit und politische Beeinflussung wurde in den folgenden Monaten fortgesetzt.¹¹

Kritisch vermerkt Gietinger, dass eine Einflussnahme der USPD und der Revolutionären Obleute auf die in Berlin stationierten Soldaten am 9./10. November in Vorbereitung auf die Räte-Vollversammlung vom 10. November nicht erfolgt sei (S. 62) und Liebknecht, Georg Ledebour und Richard Müller sich weigerten, in die Regierung einzutreten (S. 63). Zum bekannten und vieldiskutierten „Groener-Ebert-Pakt“ in der Nacht vom 9. zum 10. November (bzw vom 10. zum 11.) [S. 71–73] und den täglichen Telefonaten weist der Autor darauf hin,

¹¹ Ernst-Heinrich Schmidt: *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatgebiet zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*, Stuttgart, DVA, 1981, S. 406–435. Die Soldatenräte des Kriegsministeriums trugen statt wie sonst üblich keine roten, sondern schwarz-rot-goldene Armbinden. Schmidt geht in seiner quellengesättigten umfangreichen Studie ausführlich auf Schëuchs Unterstützung für Ebert und die MSPD ein.

dass die USPD-Volksbeauftragten über diesen Kontakt informiert gewesen seien (S. 217, Endnote 185). Gietinger zitiert dazu aus den Erinnerungen des USP-Volksbeauftragten Dittmann: "Drastisch gesagt hat Groener in jenen Revolutionswochen unausgesetzt auf Ebert als militärischer ‚Scharfmacher‘ gewirkt." (S. 73)

Ausführlicher als Käppner (dort S. 273–275) geht Gietinger auf die Putschpläne der OHL gegen die revolutionären Institutionen Anfang Dezember 1918 ein, wobei Ebert, dem diese Pläne vorgestellt wurden, eine repräsentative Rolle spielen sollte. Ebert bezog dazu gegenüber den Militärs keine Stellung, und informierte weder seine Kollegen in der Regierung noch zog er die Vertreter der OHL zur Verantwortung. Der Autor sieht als eine Zielsetzung des geplanten Putsches die Verhinderung des Reichsrätekongresses. Ausgangspunkt der Aktion sollte eine Art Parade mit heimkehrenden Fronttruppen am 10. Dezember am Brandenburger Tor in Berlin sein. Die Putschpläne der OHL wurden jedoch erst einmal durch einen anderen separaten Putschversuch am 6. Dezember durchkreuzt, der von Angehörigen des Geheimdienstes des Auswärtigen Amtes und Berliner Soldatengruppen geplant war. Vor allem lösten sich die am 10. Dezember einmarschierten Truppen kurz nach ihrer Ankunft von selbst auf, mit Ausnahme der von Hauptmann Pabst angeführten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die bei den Berliner Januarkämpfen und der Ermordung Luxemburgs und Liebknechts eine unrühmliche Rolle spielen sollte (S. 77–86).

In zwei weiteren wichtigen militärpolitischen Entscheidungen gaben nicht nur die MSPD-Volksbeauftragten, sondern auch die der USPD dem Druck der OHL-Vertreter nach, wie Gietinger kritisch hervorhebt. Zum einen ließen die Unabhängigen es zu, dass auf Druck des OHL-Vertreters Bodo von Harbou bei der Willkommenszeremonie in Berlin für die heimkehrenden Fronttruppen am 10. Dezember die Soldaten nicht nur mit geladenen Gewehren, sondern mit Geschützen, MGs und schwarz-weiß-roten Fahnen einmarschieren konnten, obwohl nur eine geringe Bewaffnung und Begleitung durch Arbeiterdelegationen vorgesehen waren (S. 81f.). Zum anderen – und wesentlich gravierender – war die Zustimmung der USPD-Volksbeauftragten Haase und Dittmann zu den stark abgeschwächten vom Reichsrätekongress beschlossenen „Hamburger Punkten“ zur Demokratisierung des Heeres und der Marine, nachdem Groener auf einer Sitzung der Volksbeauftragten am 20. Dezember mit seinem Rücktritt gedroht hatte (S. 87–90). Ebenfalls sehr kritisch sieht Gietinger die Nichtbeteiligung der USPD an den Wahlen zum Zentralrat wie auch den Austritt der USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung, letzteres als Reaktion auf den von Ebert angeordneten Befehl zum Truppeneinsatz am 24. Dezember ohne Zustimmung der USPD-Vertreter (S. 100). Der Autor hebt hervor, dass die OHL bei den Kämpfen mit der Volksmarinedivision um das Schloss in Berlin zwar eine militärische Niederlage erlitten, mit dem Ausscheiden der USPD aus der Regierung als späte Folge aber wiederum einen politischen Erfolg erzielt, da sie – wie gewünscht – nur noch mit den ihr zugeneigten Mehrheitssozialdemokraten zu tun gehabt hätte (S. 100f.).

Informativ auf Grund der von Gietinger herangezogenen Quellen ist ein kurzer Abriss über die Entstehung und Entwicklung der ersten Freikorps, die nach Groener schon frühzeitig mit Eberts Einverständnis „unter der Decke“ erfolgt sei (S. 101–109, Zitat: 102). Der Autor zitiert aus Aufzeichnungen von Hauptmann Böhm, Adjutant des Kriegsministers, aus denen zu entnehmen ist, dass Noske schon am 27. Dezember, also zwei Tage vor dem Ausscheiden der USPD-Volksbeauftragten, in einer Besprechung im Kriegsministerium „energisch“ die

Notwendigkeit eines Waffeneinsatzes zur „Wiederherstellung der Ordnung“ vertreten habe (S. 107f.). Zu diesem Kapitel wäre es allerdings nützlich gewesen, wenn Gietinger für jedes Freikorps angegeben hätte, wann jeweils mit der Formierung begonnen wurde und wann die jeweilige Truppe mit welcher Kampfstärke einsatzbereit war.

Was die beiden großen Massenbewegungen in Berlin im Januar und März 1919 angeht, hebt Gietinger das revolutionäre Potential des bisher unterbewerteten Generalstreiks im März hervor, unter Berufung auf neuere Forschungsergebnisse von Dietmar Lange und Axel Weipert.¹² Als Ende Januar 1919 die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft über ausbleibende Reformen immer größer und der Ruf nach einem Generalstreik immer lauter wurde, war es der Anführer der „Revolutionären Obleute“ Richard Müller, seit November 1918 auch Vorsitzender des Vollzugsrates, der zunächst Ende Februar einen Streikbeschluss für Berlin verhinderte, was G. kritisch vermerkt (S. 150). Müller hatte seine Hoffnungen ganz auf einen 2. Reichrätekongress gesetzt. Doch am 3. März kam es auf der Rätevollversammlung in Berlin auf Druck der Arbeiter in den Betrieben – sogar mit Zustimmung der meisten MSPD-Mitglieder – zu einem fast einmütigen Beschluss zum Generalstreik in Berlin (S. 151). Zu den Forderungen gehörten vor allem die Beibehaltung der Räte (unklar war, ob parallel zum Parlament) sowie eine Demokratisierung des Militärs, der staatlichen Verwaltung und der Wirtschaft (S. 152f.). Trotz einer riesigen Beteiligung, vergleichbar mit jener am revolutionären Massenaufstand vom 9. November 1918 in Berlin, lehnte die Regierung alle Forderungen ab, und es kam – wie es der Autor mit einem Zitat von Jones illustriert – durch die konterrevolutionären Truppen zu einem „Crescendo der Gewalt, das alles übertraf, was seit Anbruch der Moderne in irgendeiner deutschen Stadt oder Großstadt an Blutvergießen stattgefunden hat“ (S. 154).

Zu dem im Verlauf der Berliner Märzkämpfe erlassenen berüchtigten Schießbefehl Noskes einschließlich verschärfender Ergänzungen durch Hauptmann Pabst hebt Gietinger hervor, dass hiermit zwar kein Standrecht eingeführt wurde, da im preußischen Standrecht ein Kriegsgericht mit Überprüfung nach 24 Stunden vorgeschrieben war. „Pabsts Befehl zufolge aber konnte man von jedem Regierungssoldaten ‚ohne gerichtliches Verfahren‘ [so Haase im Reichstag] willkürlich erschossen werden....“ Noske habe sich außerhalb jeden Rechts gestellt: „Da gelten Paragraphen nichts, sondern da zählt nur der Erfolg.“ [Noske unter großem Beifall im Reichstag]“. Der von Pabst formulierte (und ergänzte) Befehl sei, so Gietinger, eine Lizenz zum Morden gewesen (S. 161). Am Ende der Märzkämpfe waren über 1000 Tote als Opfer des Mordbefehls zu beklagen, „darunter Jugendliche, Frauen und Kinder wegen Bagatellen, die gar nichts mehr mit dem Schießbefehl zu tun hatten...“ (S. 164).

Dass der Schießbefehl in der Version von Pabst auch von Noske als ein Freibrief für das Morden durch die Freikorpsoldaten gebilligt worden war, stellte sich 1926 bei einem Prozess heraus, in dem es um die im Mai 1919 auf Grund einer haltlosen Denunziation im Münchener Vorort Perlach erfolgte Ermordung von zwölf Arbeitern, die der MSPD angehörten, ging (S. 183). Das Gericht begründete seinen Freispruch für die mordenden Freikorpsoldaten mit der Zeugenaussage des unterdessen als Oberpräsident der Provinz

¹² Dietmar Lange: Massenstreik und Schießbefehl. Der Generalstreik und die Märzkämpfe in Berlin 1919, Münster, ed. assemblage, 2012; Axel Weipert: Die Zweite Revolution. Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin, bebra, 2015.

Hannover fungierenden Noske: „Dieser Befehl gab, wie der Zeuge Noske in der Hauptverhandlung auch bestätigte, die Möglichkeit, dass Leute, welche die Waffen streckten oder sich gefangen gaben, an Ort und Stelle erschossen werden durften.“ Auch wenn „die Gefangenen von der Gendarmerie oder von dritter Seite als Rotgardisten oder sonst in übler Weise bezeichnet wurden,“ hätte der Freikorps soldat nicht das Gefühl haben müssen, „etwas zu tun, was ihm eines Tages wegen des Mordes auf die Anklagebank brächte, wenn er solche Gefangenen erschoss oder erschießen ließ.“ (S. 184)

Gietingers Monografie umfasst weiterhin nicht nur die Münchener Räterepublik, sondern auch die Zeit bis zum Kapp-Putsch mit einer äußerst kurzen Abhandlung der Ruhrkämpfe im März und April 1920. Im betonten Gegensatz zu negativen Bewertungen mehrerer Historiker und Politiker wie Werner Maser, Eberhard Kolb, Ossip K. Flechtheim, Richard Müller, Paul Levi und anderen hebt der Autor hervor, dass die auf Initiative des Mehrheitssozialdemokraten Ernst Niekisch zustande gekommene erste Phase der Räterepublik unter Führung der Literaten Ernst Toller, Erich Mühsam und Gustav Landauer eine breite Unterstützung sowohl aus München als auch aus der bayrischen Provinz unter starker Beteiligung von MSPD-Mitgliedern erfuhr und durchaus praktische politische Arbeit leistete, auch wenn die KPD eine Mitwirkung verweigerte und sich ihr Vertreter Eugen Leviné abfällig über die „Literatenregierung“ geäußert habe (S. 176–179). Über die Tätigkeit der revolutionären Regierung in der zweiten Phase der Münchener Räterepublik unter Leviné berichtet Gietinger fast nichts, führt allerdings alle wesentlichen Ereignisse bei der Eroberung durch die konterrevolutionären Truppen auf. Noch umfangreicher und genauer als Jones weist der Autor in seiner gesamten Monografie auf die personelle Kontinuität bei den konterrevolutionären Offizieren in Richtung Nationalsozialismus hin, von denen viele nach 1933 Funktionen in SA und SS ausübten.

Während Jones in seiner überspitzenden Art die Einstellungen und Vorurteile bei den bürgerlichen und mehrheitssozialdemokratischen Eliten in Richtung einer Billigung der willkürlichen Gewalt generell konstatiert, so, als ob eine Einheitsfront der Gewaltbefürworter vom gesamten Bürgertum bis hin zur Mehrheitssozialdemokratie bestanden hätte, differenziert Gietinger: Er zitiert mehrfach Harry Graf Kessler aus dessen Tagebuch mit Äußerungen des Abscheus über die konterrevolutionäre Gewalt (S. 171, 173, 174), während Jones nur die bis zum Januar 1919 von Kessler niedergeschriebenen Ängste vor einer gewalttätigen revolutionären Entwicklung wiedergibt (z. B. Jones, S. 115). Wünschenswert wäre gewesen, dass sowohl Jones als auch Gietinger weitere kritische Kommentare zu den konterrevolutionären Gewaltexzessen aus dem linksbürgerlichen Lager vorgebracht hätten. Eine interessante Reaktion seitens der Gewerkschafts- und MSPD-Basis wird von Gietinger leider nur in seiner Pabst-Biografie erwähnt, wo er den MSPD-Fraktionsvorsitzenden im preußischen Landtag Ernst Heilmann zitiert: „Die Freiwilligen werden als weiße Garde der Reaktion betrachtet und mit den schärfsten Mitteln bekämpft. In tausenden gewerkschaftlichen und politischen Zusammenkünften ist der Beschluss durchgesetzt worden, jeden, der nach dem 1. Mai 1919 noch im Freiwilligenheere in der Reichswehr bleibt, für alle Zukunft zu boykottieren und nicht wieder in den Betrieb hereinzulassen, jede Zusammenarbeit mit ihm abzulehnen, ihn ‚zu meiden wie die Pest‘.“¹³ Freikorps soldaten sollten also nach Truppenauflösung als Folge des Versailler Friedensvertrages nicht in den

¹³ Klaus Gietinger: *Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere*, Hamburg, Nautilus, 2009, S. 177.

Betrieben eingestellt oder als Ausgestoßene behandelt werden. Auch im Bürgertum hatte unterdessen – offensichtlich auf Grund der bekannt gewordenen zahlreichen willkürlichen Gewalttaten – eine distanzierte Haltung gegenüber den Freikorps Platz gegriffen, wie es der Autor mit einem Zitat vom 25. April 1919 von Otto Lummitzsch, dem Initiator der Technischen Abteilung von Pabsts Truppe, der GKSK, aufzeigt: „Die Freiwilligenverbände werden offenbar von einem Teil des Bürgertums als das notwendige Übel in einer schweren Zeit ertragen, von einem großen Teil der Bevölkerung aber sogar mit fanatischem Hass verfolgt.“¹⁴

Nicht nur diese wichtigen Informationen, sondern auch die wachsende innerparteiliche Kritik an Noske seit dem Jahreswechsel 1919–1920 sowie die Auseinandersetzungen zwischen der MSPD-Führung und Reichspräsident Ebert um die Ablösung Noskes nach dem Kapp-Putsch, den Gietinger in seine Revolutionsgeschichte noch mit einbezieht, hätten thematisch in den Revolutionsband gehört. Denn nur unter dem ultimativen Druck der Vorstände von Partei und Reichstagsfraktion unter Otto Wels erklärte sich Reichspräsident Friedrich Ebert schließlich bereit, seinen Freund, den Kriegsminister Gustav Noske, zu entlassen. Ebert hatte sogar mit seinem Rücktritt gedroht, was von Wels umgehend mit der Drohung seines Rücktritts von Partei- und Fraktionsführung beantwortet wurde.¹⁵

Gietinger zeichnet in seiner informationsreichen, auf einer Fülle von Quellen (Archivalien und Schrifttum) beruhenden Monographie die Entwicklung der revolutionären sozialistischen Massenbewegungen und der konterrevolutionären Unterdrückungsmaßnahmen in den Jahren 1916 bis 1920 mit prägnanten, kräftigen Strichen und dabei als Schwerpunkt die Zusammenarbeit der mehrheitssozialdemokratischen Führungsschicht mit den alten militärischen Eliten. Seine Darstellungsweise ist – bei aller wissenschaftlichen Fundiertheit – in Bezug auf die Mehrheitssozialdemokraten nicht nur (berechtigterweise) kritisch, sondern häufig auch polemisch. Dabei begibt sich Gietinger sogar einmal auf das Niveau einer Boulevardzeitung, wenn er das Gerücht über ein Alkoholproblem eines führenden MSPD-Mitgliedes kolportiert (S. 188). Eine weniger polemische Darstellungsweise hätte an vielen Stellen eindrucksvoller gewirkt, hätte der Autor allein die Fakten für sich sprechen lassen.

Trotz seiner kritischen Gesamtbilanz vergisst Gietinger bei einigen Abstrichen (Nichtnutzung des basisdemokratischen Potentials der Räte, fehlende Demokratisierung von Wirtschaft, Militär und Verwaltung) nicht die positiven Ergebnisse der Novemberrevolution wie Waffenstillstand und Friedensschluss, Republik, Achtstundentag, Anerkennung der Gewerkschaften (generell und vor allem als Tarifpartner), allgemeines und gleiches Wahlrecht für Männer und Frauen wie auch – wenn auch nur zeitweilig – „Räte, die mitsprachen“ (S. 68).

Die Kritik an der revolutionären Übergangsregierung aus MSPD und USPD wegen der unterlassenen grundlegenden Reformen von Heer, Verwaltung, Justiz und Bildungseinrichtungen findet sich schon seit Jahrzehnten in der Historiografie der deutschen Novemberrevolution 1918/19. Neu an den Monografien von Niess, Käppner, Jones und Gietinger ist, dass – bei aller Anerkennung der Errungenschaften der Novemberrevolution –

¹⁴ Ebenda, S. 178.

¹⁵ Hans J. L. Adolph: Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894–1939. Eine politische Biographie, Berlin, De Gruyter, 1971, S. 148–157.

das Ausmaß der willkürlichen konterrevolutionären Gewalt gegen alle linken Oppositionsregungen, einen Schwerpunkt bildet, bei Jones sogar im Mittelpunkt steht. Seit Erscheinen dieser Monografien können die massenhaften Gräueltaten der Freikorpstruppen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von einem Großteil des Bürgertums und der Mehrheitssozialdemokratie monatelang geduldet und gebilligt wurden, nicht weiterhin als Marginalie behandelt werden.